

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP

und

Antwort

**des Ministeriums für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Diskussion über die Einschränkung der Verwendung von Hagelschutznetzen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf wie viel Fläche werden in Baden-Württemberg landwirtschaftliche Sonderkulturen mit Hagelschutznetzen geschützt (Auflistung in ha nach Landkreisen)?
2. Welche Genehmigungsvorbehalte oder naturschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung von Hagelschutznetzen bestehen innerhalb bzw. außerhalb von Landschafts- oder Naturschutzgebieten?
3. Welche Erkenntnisse hat sie über den Anlass und den tatsächlichen Hintergrund der öffentlichen Diskussion über ein mögliches Vorgehen des Landratsamtes Bodenseekreis gegen den Einsatz von Hagelschutznetzen rund um das Landschaftsschutzgebiet Tettnanger Wald?
4. Was tut sie für die Investitions- und Rechtssicherheit landwirtschaftlicher Betriebe, die Investitionen in Hagelschutznetze getätigt haben?

14.09.2015

Dr. Bullinger FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 6. Oktober 2015 Nr.Z(24)-0141.5/575F beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf wie viel Fläche werden in Baden-Württemberg landwirtschaftliche Sonderkulturen mit Hagelschutznetzen geschützt (Auflistung in ha nach Landkreisen)?

Zu 1.:

In den Sonderkulturen werden fast ausschließlich bei Kernobst (Apfel und Birne) Hagelschutznetze installiert. Von den rund 10.840 ha Kernobstfläche (Baumobsterhebung 2012) sind rund 30 % unter Hagelnetz. In der Bodenseeregion sind rund 40 % der Kernobstflächen durch Hagelnetze geschützt. Landkreisbezogene Daten liegen der Landesregierung nicht vor.

2. Welche Genehmigungsvorbehalte oder naturschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung von Hagelschutznetzen bestehen innerhalb bzw. außerhalb von Landschafts- oder Naturschutzgebieten?

Zu 2.:

In Naturschutzgebieten werden Flächen mit Intensivobstanlagen, in denen Hagelschutznetze Verwendung finden, im Rahmen von (neuen) Schutzgebietsabgrenzungen nicht aufgenommen, da solche Flächen nicht über die erforderliche naturschutzfachliche Wertigkeit verfügen. Die Neuanlage von Intensivobstanlagen (mit oder ohne Hagelschutznetze) in Naturschutzgebieten verstößt in der Regel gegen die Schutzzwecke der jeweiligen Naturschutzgebietsverordnung, weil diese die Erhaltung der naturschutzfachlich hochwertigeren Naturlandschaft oder der bestehenden extensiven Nutzungen vorsehen. Ferner ist der für Intensivobstanlagen übliche Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten zumeist beschränkt oder gänzlich verboten.

In Landschaftsschutzgebieten obliegt es dem Ordnungsgeber, ob er im Rahmen seines Normsetzungsermessens die Verwendung von Hagelschutznetzen in der Verordnung untersagt. Ein Verbot kann insbesondere dann angemessen sein, wenn durch die Verwendung von Hagelschutznetzen der in den Schutzzweck aufgenommene, spezifische Charakter des Landschaftsbildes erheblich beeinträchtigt würde. Soweit die Errichtung und die Nutzung von Hagelschutznetzen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten aufgrund der Schutzgebietsverordnung einem Verbotstatbestand unterfallen, kann im Einzelfall eine Erlaubnis von der zuständigen Behörde nur erteilt werden, wenn Hagelschutznetze den Charakter des Gebiets nicht verändern und dem besonderen Schutzzweck des Gebiets nicht entgegenstehen oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Dies ist im Einzelfall von der zuständigen Behörde zu beurteilen. Eine Befreiung von der Landschaftsschutzgebietsverordnung für Hagelschutznetze wird hingegen nicht in Betracht kommen, da die rechtlichen Voraussetzungen einer Befreiung (Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses oder unzumutbare Belastung) zugunsten der privatwirtschaftlich genutzten Hagelschutznetze nicht vorliegen.

Außerhalb von Schutzgebieten ist die Eingriffsregelung zu beachten. Nach § 14 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist die landwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff anzusehen, soweit dabei die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. Entspricht die landwirtschaftliche Bodennutzung den sich aus dem Recht der Landwirtschaft ergebenden Anforderungen an die gute fachliche Praxis, kollidiert sie in der Regel nicht mit den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Hagelschutznetze gehören nach heutigem Stand zur guten fachlichen Praxis des Obstbaus.

Sie sind nach heutigen Erkenntnissen sowohl fachlich geeignet, als auch nachweislich wirksam, um Hagelschäden zu vermeiden. Aufgrund ihrer Beschaffenheit und der jährlich beschränkten Nutzungsdauer widersprechen Hagelschutznetze außerhalb von Schutzgebieten auch nicht den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, sodass eine naturschutzrechtliche Genehmigung nach § 17 Absatz 3 BNatSchG nicht erforderlich ist.

Im Übrigen kann in besonderen Einzelfällen eine Untersagung von Hagelschutznetzen in Betracht kommen, wenn gegen das Artenschutzrecht oder Natura 2000-Vorschriften verstoßen wird.

3. Welche Erkenntnisse hat sie über den Anlass und den tatsächlichen Hintergrund der öffentlichen Diskussion über ein mögliches Vorgehen des Landratsamtes Bodenseekreis gegen den Einsatz von Hagelschutznetzen rund um das Landschaftsschutzgebiet Tettlinger Wald?

Zu 3.:

Das Landratsamt Bodenseekreis beabsichtigt, die „Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemeinden Langenargen und Tettlingen“ vom 24. Dezember 1954 zu ändern. Neben dem Schutz von Erholung und Landschaft soll der Erhalt des Lebensraumes von bedrohten Arten ein zentrales Schutzziel der neuen Verordnung sein. Darüber hinaus sollen Teile der FFH-Gebiete „Bodenseeuferlandschaft östlich Friedrichshafen“ sowie „Schussenbecken und Schmalegger Tobel“ gesichert werden. Die einstweilige Sicherstellung des Landschaftsschutzgebietes wurde am 25. September 2015 bekanntgemacht.

Zur Erhaltung der Qualität des Landschaftsschutzgebietes für die Erholung wird erwogen, in einer abgegrenzten Zone des Landschaftsschutzgebietes die Erstellung oder die wesentliche Änderung bestehender Anlagen für den geschützten landwirtschaftlichen Anbau (wie die Errichtung oder die Flächenausdehnung von Hagelschutznetzen) zu verbieten. Das Ordnungsverfahren ist jedoch noch nicht beendet. Das Landratsamt beabsichtigt, auf Grundlage der Sicherstellungsverordnung das Gespräch mit den betroffenen Kommunen, Behörden, Verbänden (insbesondere der Landwirtschaft und des Naturschutzes) und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, um mit einem weitgehend abgestimmten Verordnungsentwurf das förmliche Verfahren einleiten zu können.

4. Was tut sie für die Investitions- und Rechtssicherheit landwirtschaftlicher Betriebe, die Investitionen in Hagelschutznetze getätigt haben?

Zu 4.:

Grundsätzlich wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen. Daraus wird deutlich, dass Hagelschutznetze außerhalb von Schutzgebieten der guten fachlichen Praxis entsprechen und nicht den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege entgegenstehen, sodass Investitions- und Rechtssicherheit besteht. Für in Landschaftsschutzgebieten erlaubte Hagelschutznetze besteht im Übrigen Bestandsschutz.

Nach Auskunft des Landratsamtes Bodenseekreis besteht Rechtssicherheit für bestehende Anlagen in Schutzgebieten sowie für bereits getätigte Investitionsentscheidungen z. B. Bestellung/Einkauf von Bäumen und Netzen für Neuanlagen im geplanten Landschaftsschutzgebiet Tettlinger Wald.

In Vertretung

Reimer

Ministerialdirektor

Mehrfertigung


**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg · Postfach 10 34 44 · 70029 StuttgartLandratsamt Bodenseekreis
Umweltschutzamt

88041 Friedrichshafen

Datum 18.09.2015
Name Frau Müller-Mitschke
Durchwahl 0711 126-2350
Aktenzeichen 62-8881.02
(Bitte bei Antwort angeben)

 Hagelschutznetze und die tägliche Wirtschaftsweise des Landwirts im Naturschutzrecht

Sehr geehrter Herr Schültke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. August 2015 an Herrn Ministerialdirektor Reimer, in dem Sie die Frage aufwerfen, ob Hagelschutznetze Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen, die nicht der Landwirtschaftsklausel des § 14 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unterfallen und zu kompensieren sind. Herr Ministerialdirektor hat die zuständige Fachabteilung gebeten, Ihnen zu antworten.

Nach eingehender rechtlicher Prüfung und Abstimmung mit der Landwirtschaftsabteilung kann ich Ihnen hierzu Folgendes mitteilen:

Gemäß § 14 Absatz 1 BNatSchG sind Eingriffe in Natur und Landschaft Veränderungen der Gestalt oder Nutzung der Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Vorliegend handelt es sich um eine Veränderung der Gestalt von landwirtschaftlichen Grundflächen, da Hagelschutznetze durch Pfähle dauerhaft mit dem Erdboden verankert und somit bauliche Anlagen sind, auch wenn sie nur für einen begrenzten Zeitraum im Jahr über die landwirtschaftlichen Obstbau-

- 2 -

kulturen gespannt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Hagelschutznetze dürfte anzunehmen sein, da eine Veränderung des optischen Erscheinungsbildes der Landschaft vorliegt. Es kommt durch die ausgespannten Hagelschutznetze zu einer sichtbaren und ggf. nachteiligen, d.h. nicht landschaftsgerechten Veränderung der Landschaft. Eine Beeinträchtigung des Erholungswerts oder aber eine Beeinträchtigung des Naturhaushalts (Schutzgut Arten) kann darüber hinaus im Einzelfall gegeben sein.

Nach § 14 Absatz 2 BNatSchG ist allerdings die landwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eingriff anzusehen, soweit dabei die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. Entspricht die landwirtschaftliche Bodennutzung den in § 5 Absatz 2 bis 4 BNatSchG genannten Anforderungen sowie den sich aus § 17 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes und dem Recht der Landwirtschaft ergebenden Anforderungen an die gute fachliche Praxis, widerspricht sie in der Regel nicht den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Damit soll das tägliche Wirtschaften des Landwirts von behördlicher Reglementierung entlastet werden.

Die Privilegierung und Regelfallvermutung gilt nur für Bewirtschaftungsmaßnahmen, die sich unmittelbar auf die Bodennutzung im Sinne der Urproduktion beziehen. Zur landwirtschaftlichen Bodennutzung gehört der Obstbau. Hagelschutznetze dienen unmittelbar dem Schutz der Obstbaukulturen. Sie sind den produktionstechnischen Verfahren bzw. Maßnahmen zuzuordnen.

Nach Auffassung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gehören Hagelschutznetze nach heutigem Stand zur guten fachlichen Praxis des Obstbaus. Hagelschutznetze sind nach heutigen Erkenntnissen sowohl fachlich geeignet, als auch nachweislich wirksam, um Hagelschäden, aber auch weitere kurative Pflanzenschutzmaßnahmen, zu vermeiden. Baden-Württemberg ist einem hohem Hagelrisiko ausgesetzt. Vor allem die Bodenseeregion gilt als Hagelgebiet mit hohem Risiko. Versicherungsbeiträge sind in dieser Region mit bis zu 20% der Versicherungssumme an die Versicherungsträger zu leisten, weshalb sich zur Prävention und Risikoabsicherung auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Errichtung und Nutzung von Hagelschutznetzen aufdrängen und sich in der Bodenseeregion verbreitet durchgesetzt haben. Hagelschutznetze sind für die Betriebe und Vermarktungseinrichtungen im Hinblick auf die erforderliche kontinuierliche Belieferung der Märkte von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Daher werden heutzutage Hagelschutznetze als Präventionsmaßnahme von staatlicher Seite gefördert. Über das

- 3 -

Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AfP) Teil A können bis zu 20% der Kosten der Netze bezuschusst werden. Die Europäische Union fördert die Erstellung von Hagelschutznetzen als „Krisenpräventions- und Managementmaßnahmen“ im Rahmen der Förderung der Erzeugerorganisationen im Sektor Obst und Gemüse nach der gemeinsamen Marktorganisation mit bis zu 50% der förderfähigen Kosten. Auch von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz werden Hagelschutznetze in deren Leitlinien der guten fachlichen Praxis zugeordnet.


Hagelschutznetze widersprechen nicht den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Sie bestehen aus einer engen Maschengröße von 4-5 bis 7-10 mm, sind zur Seite hin offen und hängen nicht durch. Außerdem werden sie nach der Obsternte (ca. ab Oktober) über den Winter zusammengezogen und erst zur Obstblüte (ca. Mitte April/Anfang Mai) wieder ausgespannt. Die Hagelschutznetze wirken somit nur über einen beschränkten Zeitraum auf das Landschaftsbild beeinträchtigend. Sofern als Netzfarben dunkle Farben, wie schwarz oder grau, verwendet werden, werden die Landschaftsbildbeeinträchtigungen minimiert. Schwarze Netze integrieren sich besonders gut in das Landschaftsbild, da das Grün der Kulturen leicht durchschimmert. Weiße Hagelschutznetze sollten hingegen – soweit wie möglich – vermieden oder bei erforderlicher Erneuerung ausgetauscht werden. Nachdem wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist, dass Hagelschutznetze grundsätzlich negative Auswirkungen auf Arten (vor allem auf Vogelarten oder Kleintiere) entfalten, stehen artenschutzrechtliche Belange sowie Natura 2000-Belange als Ziele des Naturschutzes nicht entgegen. In besonders gelagerten Einzelfällen ist die Einhaltung der Artenschutzvorschriften und der Natura 2000-Vorschriften gesondert zu prüfen. Hagelschutznetze sind zudem verhältnismäßig. Andere Methoden, die der Hagelschadenvermeidung dienen und weniger landschaftsbildbeeinträchtigend sind, gibt es nicht. Es kommt hinzu, dass die bis zum Jahr 2010 angebotene staatlich geförderte Hagelbeihilfe im Falle von Hagelschäden abgeschafft wurde.

Vor diesem Hintergrund ist das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz der Auffassung, dass die Errichtung und die Nutzung von Hagelschutznetzen der guten fachlichen Praxis entspricht und keine naturschutzrechtliche Kompensation zu erbringen ist. Ein entsprechender naturschutzrechtlicher Genehmigungsantrag muss nicht gestellt werden. Der Erlass des Umweltministeriums vom 10. August 1993, Az. 25-8881.02, kann im Hinblick auf die Beurteilung des Vorliegens eines Eingriffs vor dem Hintergrund der veränderten Verhältnisse im Obstanbau nicht mehr herangezogen werden.

- 4 -

Abschließend wird jedoch darauf hingewiesen, dass § 14 Absatz 2 BNatSchG keine Bedeutung bei der Anwendung der Vorschriften zu Schutzgebieten nach §§ 23 ff. BNatSchG entfaltet. Diese Vorschriften (i.d.R. Verordnungen) knüpfen nicht an den Eingriffstatbestand im Sinne von § 14 Absatz 1 BNatSchG an, sondern an Verbotsstatbestände, die als Veränderung, Beschädigung, Zerstörung oder beeinträchtigende Handlung formuliert sind und die die landwirtschaftliche Bodennutzung ganz oder teilweise von der Geltung der Verbote ausnehmen. Infolgedessen ist eine Interessenabwägung zwischen den Schutzzwecken und den Nutzungsinteressen an Hagelschutznetzen vorzunehmen (vgl. u.a. Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG, Kommentar, 2. Aufl., § 14 Rn. 57 und Erlass des Umweltministeriums vom 10. August 1993, Az. 25-8881.02).

Mit freundlichen Grüßen

i.V. 
Wolfgang Baur